

Gewerkschaften - Garanten der Kontinuität?

Anmerkungen zur gewerkschaftlichen Lage
in der Bundesrepublik aus amerikanischer Sicht

Andrei S. Markovits, geb. 1948 in Timisoara/Rumänien, studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte an der Columbia University in den USA, wo er 1976 promovierte. Zur Zeit ist er Associate Professor am Department of Political Science, Boston University und Research Associate am Center for European

Studies, Harvard University. Seit 1979 arbeitet er an einem Projekt über deutsche Gewerkschaften, zu dem zahlreiche Veröffentlichungen, besonders in englischer Sprache, erschienen sind. Ein umfassendes Buch über den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften IG Metall, IG Chemie-Papier-Keramik, IG Bau-Steine-Erden und IG Druck und Papier erscheint im Frühjahr 1986 unter dem Titel „The Politics of the West German Trade Unions: Between Collectivist Class Strategy and Particularistic Interest Articulation“ bei Cambridge University Press.

Primat der Kontinuität

Zu einem Zeitpunkt, in dem die Gewerkschaftsbewegungen einiger der bedeutendsten spätkapitalistischen Länder in immer hoffnungsloser scheinenden Kämpfen gegen sich permanent verschlechternde Rahmenbedingungen quasi einen veränderten Charakter aufgebürdet bekommen, zeichnet sich die Lage der deutschen Gewerkschaften durch einen relativ hohen Grad an Kontinuität aus. Kontinuität schließt natürlich Existenz und Austragung von Konflikten keineswegs aus. Ganz im Gegenteil: Die deutschen Gewerkschaften befinden sich vielleicht in einer konfliktorisch entscheidenden Periode ihrer Nachkriegsgeschichte. Trotz weitreichender und ernstzunehmender innergewerkschaftlichen Divergenzen, zahlreicher Regierungswechsel im Bund, in den Ländern und Kommunen, einer generellen Verunsicherung aller Akteure und Institutionen im bundesdeutschen politischen Klima und insbesondere der bereits eine Dekade anhaltenden Wirtschaftskrise, haben sich die deutschen Gewerkschaften als stabile, berechenbare und unentbehrliche Teilnehmer im wirtschaftlichen und politischen Leben der Bundesrepublik etabliert. Der DGB und seine 17 Mitgliedsgewerkschaften haben sich als eine der wichtigsten und verlässlichsten Säulen der bisher dauerhaftesten und erfolgreichsten Demokratie auf deutschem Boden behauptet. Sie sind damit dem historischen Vermächtnis ihrer Vorläuferorganisationen voll gerecht geworden.

Nicht einmal das Dritte Reich mit all seiner Brutalität und seinen strukturellen Verlagerungen konnte eine wichtige Kontinuität von der Weimarer zur Bonner Gewerkschaftsbewegung unterbinden. Obwohl diese ganz bewußt die Fehler jener unter allen Umständen zu vermeiden suchte, gab es dennoch Parallelen, die Kontinuität - und damit eine allseits willkommene Stabilität - gewährleisteten. Insofern ist die „Stunde Null“, die auch für die Gewerkschaften einen völlig neuen Anfang unterstellt, eher ein Mythos.

Die wichtigsten Eckpfeiler der gewerkschaftlichen Nachkriegskontinuität sind die Einheitsgewerkschaft, das Industriegewerkschaftsprinzip, ein hochinstitutionalisierter und feinregulierbarer Interessenausgleichsmechanismus zwischen Staat, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, der auch, mehr oder weniger anerkennend, als „Verrechtlichung industrieller Beziehungen“

bezeichnet wird. Die wesentlichen Kontinuitätslinien der gewerkschaftlichen Nachkriegsentwicklung lassen sich auf die Weimarer Republik zurückführen, einige sind sogar noch älter, so zum Beispiel die unangefochtene Vorherrschaft einer männlichen, industriellen Facharbeiterschaft innerhalb der Mitgliedschaft der deutschen Gewerkschaften. Diese soziologische Kontinuität bringt ganz bestimmte politische Machtstrukturen mit sich, die immer noch zu den systemstabilisierenden und berechenbaren Eigenschaften der deutschen Gewerkschaften zu zählen sind. Trotz mancher Schwierigkeiten und strukturell bedingter Spannungen trug das duale Repräsentationssystem mit den Betriebsräten einerseits und den Gewerkschaften andererseits zu einer eingespielten Form der Konfliktaustragung zwischen Arbeit und Kapital bei, deren Ursprung ebenso vor 1945 liegt wie der des Gedankens der Wirtschaftsdemokratie, der Mitbestimmung sowie der „Staatsfixierung“ eines Großteils der organisierten deutschen Arbeiter.

Doch Bonn ist keineswegs Weimar oder gar das Kaiserreich - diese Binsenweisheit trifft auch für die Gewerkschaften zu. Sie mußten sich nach 1945 neuen Bedingungen anpassen. Indem sie sich zur Einheitsgewerkschaft zusammenschlossen, betraten sie Neuland, etwa im Verhältnis zu den politischen Parteien der neuen Republik. Die Schaffung der Industriegewerkschaften zog eine Neubestimmung des Verhältnisses zu den Unternehmern über den unmittelbaren tarifpolitischen Bereich hinaus nach sich. Außerdem wandelten sich die innergewerkschaftlichen Beziehungen sowohl zwischen den Einzelgewerkschaften als auch zur Dachorganisation. Dieser erhebliche Wandel bedurfte eines längeren, oft mühsamen Lernprozesses, der gegen Ende der fünfziger Jahre mehr oder minder erfolgreich abgeschlossen war: Die Gewerkschaften hatten sich in die Strukturen der Bundesrepublik eingepaßt. Seither sind sie wichtige Teilnehmer an einem bisher sehr stabilen Entscheidungsprozeß, den man sich eigentlich ohne gewerkschaftliche Beteiligung kaum vorstellen kann. Keine ernstzunehmende Institution des Landes — nicht einmal die exponiertesten Feinde der Gewerkschaften - wünscht sich heute ein politisches System ohne Gewerkschaften. Darin liegt vielleicht einer der fundamentalsten Unterschiede zwischen der Weimarer und der Bonner Republik, und dadurch hebt sich die Lage in der Bundesrepublik auch positiv von der in einigen anderen spätkapitalistischen Ländern ab.

Integration, Stabilität, Akzeptanz und Kontinuität sind Charakteristika der gewerkschaftlichen Realität in der Bundesrepublik. Sie sagen allerdings noch nichts über die Kosten aus, die den Arbeitnehmern und ihren Organisationen abgefordert wurden, damit diese Position erreicht werden konnte. Zieht man die Traumata der jüngeren deutschen Geschichte in Betracht, so kommt man nach meiner Auffassung zu der Schlußfolgerung, daß sich der bisher gezahlte Preis für die Gewerkschaften als eine moralisch und politisch vertretbare Investition erwiesen hat. Trotzdem seien die verschiedenen Hindernisse, die den Gewerkschaften den Weg in die Integration erheblich erschwerten, kurz erwähnt. Man

darf die Prognose wagen, daß sich die Lage der deutschen Gewerkschaften in den nächsten Jahren nicht wesentlich ändern wird, wobei der Preis, den die Gewerkschaften für diese Kontinuität werden zahlen müssen, höher werden dürfte.

Traditionelle Hindernisse

Die Einheitsgewerkschaft. Obwohl es sich für viele Gewerkschafter wahrscheinlich ketzerisch anhört, glaube ich, daß die Institutionalisierung der Einheitsgewerkschaft auch Hindernisse für die organisierten Arbeitnehmer der Bundesrepublik mit sich brachte. Die immensen Vorteile gegenüber den politisch gespaltenen Richtungsgewerkschaften der Weimarer Republik brauchen hier nicht erneut hervorgehoben zu werden. Doch gerade diese Vorteile haben den Gewerkschaften eine gewisse Hebelwirkung gegenüber den Parteien im Parteienstaat vorenthalten. Zwar konnte es nie Zweifel an der historisch bedingten Nähe der Gewerkschaften zur Sozialdemokratie geben, aber die Struktur der Einheitsgewerkschaft schloß eine offensichtliche Bindung der Gewerkschaften an die SPD aus. Diese Konstellation entband die Partei von der zwingend vorgegebenen Verpflichtung zu einer spezifischen Reformpolitik, die, besonders in den Krisenjahren seit 1975, für die Arbeitnehmer von Vorteil gewesen wäre. Die Abkoppelung von Partei und Gewerkschaft hatte auch zur Folge, daß sie sich nie gegenseitig für Mobilisierungszwecke gebrauchen konnten. Das führte unter anderem dazu, daß die Gewerkschaften das Gewicht ihrer Mitglieder kaum als politisches Druckmittel innerhalb der Partei einsetzen konnten. Insofern hat die Einheitsgewerkschaft den Gewerkschaften in der Bundesrepublik zwar große Stärke, aber gleichzeitig auch wenig Macht verliehen.

Die Gewerkschaften als freiwillige Mitgliederorganisationen. Die Gewerkschaften empfinden sich zwar, mit einer gewissen Selbstsicherheit und in einem relativ großzügigen kollektiven Klassenverständnis, als Repräsentanten *aller* Arbeitnehmer, aber die - gerichtlich abgesicherte - Existenz der sogenannten „Trittbrettfahrer“ stärkt die gewerkschaftliche Durchschlagskraft nicht. Es spricht für die Gewerkschaften, daß sie, trotz freiwilliger Mitgliedschaft und trotz der dualen Struktur von innerbetrieblicher und allgemeiner Arbeitnehmervertretung, ihren Organisationsgrad so viele Jahre hindurch relativ stabil halten konnten. Aber man sollte darüber die Probleme dieser Situation nicht übersehen. Wie in den Boomperioden der späten fünfziger und frühen sechziger Jahre, als viele Arbeitnehmer die Gewerkschaften für überflüssig hielten, weil sie alle erkämpften Vorteile genossen und kaum ihrer Schutzfunktionen bedurften, kann die gegenwärtige, entgegengesetzte Lage am Arbeitsmarkt zu Enttäuschungen über die Gewerkschaften bei vielen, insbesondere marginalisierten Arbeitnehmern führen. Bisher spielte dieses Problem für die Gewerkschaften in der Bundesrepublik kaum eine große Rolle, aber auch sie werden es in der Zukunft sicherlich immer schwerer haben, freiwillige Mitglieder aus solchen sozialen Gruppen zu rekrutieren, die sich

kaum noch traditionell mit den Gewerkschaften und ihrem Milieu identifizieren und für die die gewerkschaftliche Schutzfunktion unter Krisenbedingungen nur schwer erkennbar ist.

Die „ Verrechtlichung der industriellen Beziehungen.“ In Deutschland werden bis zum heutigen Tage durch wohleingespelte Mechanismen des Verrechtlichungsnetzes sowohl inner- als auch außerbetriebliche Konflikte zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, die in anderen Ländern oft zu bitteren und für beide Seiten unbefriedigenden Kleinkriegen führen, durch wohleingespelte, „verrechtlichte“ Mechanismen wenn nicht voll gelöst so doch für beide Kontrahenten akzeptabel bewältigt. Auch die relativ starke Rolle der deutschen Gewerkschaften im politischen Gefüge und ihr Ansehen bei fast allen gesellschaftlichen Gruppierungen des Landes sind zumindest teilweise auf die „Verrechtlichung“ zurückzuführen. Allerdings hat auch sie zahlreiche Nachteile, insbesondere den der Systemeinbindung, was zu Mobilisierungsdefiziten führen muß. Einige besonders restriktive „Verrechtlichungen“, beispielsweise bei Streik und Aussperrung und damit auch in wichtigen Teilen der Tarifpolitik, beeinträchtigen die gewerkschaftliche Mobilisierungsfähigkeit stark. Bis vor kurzem haben die Gewerkschaften diese Hindernisse kaum auf politischer Ebene problematisiert und damit selbst zur Stabilisierung der für sie nachteiligsten Aspekte der Verrechtlichung beigetragen. Die inzwischen begonnene innergewerkschaftliche Politisierung dieser Fragen wird zwar kaum zu einer Auflösung des Verrechtlichungskomplexes führen, doch sollte sie jedenfalls dazu dienen, der Gefahr einer übergroßen demobilisierenden Systemeinbindung der Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik während der Krise am Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren zumindest gegenzusteuern.

Die duale Vertretung der deutschen Arbeitnehmer. Die beträchtlichen personellen Identitäten zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften lassen eine Charakterisierung der organisierten Arbeitnehmervertretung in der Bundesrepublik als „dualistisch“ nur bedingt zu. Dennoch besteht wenig Zweifel daran, daß die formale rechtliche Trennung von Gewerkschaft und Betriebsrat die kollektive Vertretungsmacht des Faktors Arbeit in Deutschland schwächt. Dieser Struktur ist eine Spannung zu eigen, weil die Gewerkschaften ihre Legitimation durch eine weitläufige, quasi auf Durchschnitt angelegte Tarifpolitik suchen, während die Betriebsräte ihren Erfolg einem fast gegenteiligen Handeln verdanken, an dem sich beim Andauern der Beschäftigungskrise und bei der erhöhten Automation des Arbeitsprozesses auch in der Zukunft kaum etwas ändern wird. Es besteht die Gefahr, daß sich „minikorporatistische“ Arrangements zwischen Firmenleitungen und „ihren“ Betriebsräten sowohl in Krisenbereichen wie der Stahlproduktion als auch in den Wachstumsbranchen der „High-tech“-Industrien immer weiter ausbreiten. Eine derartige betriebssyndikalistische Entwicklung kann durchaus mit unterschiedlichen politischen Inhalten verbunden werden. Wäh-

rend es in einigen Fällen etwa zur „wilden Kooperation“ mit den Unternehmensleitungen kommen kann, könnte die Gewerkschaftseinheit in anderen Fällen von militanten Betriebsbelegschaften gefährdet werden. Wie immer die konkreten Entwicklungen vor Ort aussehen mögen, kann diese Verlagerung der Klasseneinandersetzung auf die Betriebsebene in der Bundesrepublik nur zu Lasten der zentralistisch orientierten, großräumig angelegten Gewerkschaften gehen, zumal außerdem, demographisch und soziologisch betrachtet, die mit dem traditionellen sozialdemokratisch-solidarischen Milieu verwachsenen Schichten langsam neuen Gruppierungen mit ganz anderen Werten Platz machen müssen, die keineswegs „geborene“ Gewerkschaftsmitglieder sind.

Das gewerkschaftliche Vertretungsdefizit außerhalb der deutschen männlichen Facharbeiterschaft. Dieses Thema rückte in den letzten Jahren aufgrund konkreter soziologischer Veränderungen, Verschiedentücher Krisen der Sozialdemokratie und nicht zuletzt durch das massive Aufkommen feministischer Kritik und Kultur stärker in die Diskussion. Allerdings sollte man nicht vergessen, daß die deutschen Gewerkschaften schon immer bei wichtigen Teilen der arbeitenden Bevölkerung schwach vertreten waren. Bereits in der Weimarer Republik und davor hatten deutsche Gewerkschaften wenig Erfolg bei der Rekrutierung von Mitgliedern außerhalb des industriellen Sektors. Angestellte, Frauen, Jugendliche, Beamte, in mittelständischen bis kleinen Betrieben Arbeitende gehörten zu den Gruppen, deren gewerkschaftlicher Organisationsgrad weit unter dem des allgemeinen Durchschnitts blieb. Wenn die meisten Gewerkschaften in der Bonner Ära einen gewaltigen Zuwachs gerade bei Mitgliedern aus den eben genannten sozialen Schichten verbuchen konnten, geschah dies zumeist fast trotz und nicht wegen aktiven gewerkschaftlichen Handelns, was die Attraktivitätserhöhung der Gewerkschaften in den Augen dieser Klientel betrifft. Die gewerkschaftliche Öffentlichkeitsarbeit auf diesem Gebiet ließ einiges zu wünschen übrig. Im Gegensatz etwa zu den angelsächsischen Ländern, wo es schon seit langem massive Organisationskampagnen gerade in diesen Gruppen gibt, verhalten sich die deutschen Gewerkschaften auf diesem Gebiet noch immer viel zu zurückhaltend. Teilweise mag dieses Rekrutierungsdefizit auf eine Art „Facharbeiter-Exklusivität“ im Rahmen eines industriebezogenen Blickfeldes erklärt werden. Andererseits ist das erwähnte Selbstverständnis der deutschen Gewerkschaften als Organisationen auf der Basis freiwilliger Mitgliedschaft, die die nicht-organisierten Arbeitnehmer dennoch mitvertreten, auch eine der Ursachen für ihr allzu zurückhaltendes Vorgehen. Jedenfalls sind schwerwiegende Versäumnisse bei der Erweiterung der Mitgliederkreise zu konstatieren, die den deutschen Gewerkschaften noch größere Schwierigkeiten bereiten könnten.

Innergewerkschaftliche Flügelkämpfe. Ideologische Unterschiede sind innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung nach wie vor von Bedeutung. Das oft spannungsgeladene Verhältnis zwischen „progressiven“ oder „radikalen“ Elementen

einerseits sowie „moderaten“ oder „reformistischen“ Kollegen andererseits, bestimmte wichtige Teile der Gewerkschaftspolitik seit ihren Anfängen im 19. Jahrhundert. Das Konkurrenzverhältnis der beiden Flügel änderte sich in Intensität und Form, manchmal führte es sogar zum offenen Bruch wie in der Weimarer Republik. Nach dem Zweiten Weltkrieg bewegte es sich in erträglichen Grenzen. Einer der überzeugendsten Beweise dafür, welche hohe Legitimität die Einheitsgewerkschaft in den Augen ihrer Mitglieder, der Arbeitnehmer im allgemeinen und so gut wie aller wichtiger politischer Akteure und Institutionen in der Bundesrepublik genießt, besteht in der Tatsache, daß sie diese zwei politischen Richtungen bis jetzt erfolgreich unter einem organisatorischen Dach vereinen konnte. Dies wird sich auch in einer krisenhaften Zukunft sicherlich nicht ändern. Doch gab es in den letzten Jahren Anzeichen, die auf eine Verschärfung der innergewerkschaftlichen Flügelkämpfe deuteten. Obwohl ein demokratischer Auseinandersetzungsprozeß legitim ist, könnten krisenbedingte Gegensätze eine zentrifugale Dimension erreichen, die der dringend benötigten gewerkschaftlichen Einheit ein großes Hindernis in den Weg stellen würden.

Gegenwärtige und zukünftige Hindernisse

Anhaltend hohe Arbeitslosigkeit Es besteht kein Zweifel daran, daß Gewerkschaften, deren Hauptaufgabe es ist, die „Ware Arbeitskraft“ so teuer wie möglich am Markt zu verkaufen und ihr den sichersten Schutz zu gewähren, in Zeiten lang anhaltender Arbeitslosigkeit Teile ihrer Macht einbüßen. Aus einigen, teilweise der Bundesrepublik eigentümlichen, Gegebenheiten könnte man schließen, daß dort die Lage für die Gewerkschaften besonders unerfreulich sei.

a) Historische Faktoren: Weil die Bundesrepublik im internationalen Vergleich der Krisenmerkmale relativ lange recht gut aussah, haben sowohl die Gewerkschaften als auch die damals regierende sozialdemokratische Partei versäumt, mit gezielten Strategien und konkreten Langzeitprogrammen der Arbeitslosigkeit rechtzeitig zu begegnen. Da, soziologisch gesehen, der Kern beider Institutionen, der deutschen Facharbeiter, sich bis in die achtziger Jahre (mit einigen wichtigen Ausnahmen) kaum wirklich in seiner Existenz bedroht fühlte, unterließen es die Gewerkschaften, gegen dieses fundamentale Problem massiv auf allen Ebenen anzugehen. Sicher gab es Programme und Kongreßbeschlüsse des DGB und fast aller seiner Mitgliedsgewerkschaften. 1978/79 gab es auch wichtige tarifpolitische Aktionen, deren eigentliche Stoßrichtung es war, der Arbeitslosigkeit Einhalt zu bieten. Aber im Grunde genommen hoffte man doch auf die Heilungskraft des „Modell Deutschland“. Diese Hoffnung wurde enttäuscht, die Gewerkschaften verloren kostbare Zeit und vor allem einiges an Sympathie und Selbstvertrauen, was dann später in Ratlosigkeit, mancherorts sogar in Resignation umschlug.

b) Strukturelle und sektorale Faktoren: Schwere Strukturkrisen wie in der Stahlindustrie oder im Schiffbau, können die Gewerkschaften niemals verhindern oder

beseitigen. Im besten Falle können sie die schweren Rückschläge für ihre Mitglieder ein wenig lindern. Auch wenn gewerkschaftliche Abfederungsmaßnahmen für die Betroffenen wichtig sind und keinesfalls geringgeschätzt werden dürfen, reichen sie nicht aus, um traditionelle Hochburgen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung intakt zu halten. Deshalb bedrohen Strukturkrisen nicht nur die Existenz einzelner Gewerkschaftsmitglieder, sondern gleichzeitig die geographische, soziologische und damit letztendlich auch politische Willensbildungsverteilung innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen. So ist es zum Beispiel unwahrscheinlich, daß die Gewerkschaften Mitgliederverluste in der Stahl- und Schiffbauindustrie durch Neurekrutierungen in den Gewerkschaften gegenüber viel weniger aufgeschlossenen Arbeitnehmerschichten werden wettmachen können. Das spricht zwar nicht dagegen, eine Organisationsoffensive auf die „High-tech“-Regionen Bayerns und Baden-Württembergs zu richten. Ihr Erfolg würde jedoch - zusammen mit den Verlusten - zu einer Schwächung der sozialdemokratischen Tradition innerhalb der Gewerkschaften beitragen und den vorhandenen Schwierigkeiten eine weitere, hauptsächlich politische, hinzufügen.

c) Technologische Faktoren: Eine fast noch größere Herausforderung für die gewerkschaftliche Widerstandsfähigkeit und Innovationskraft stellen die fast unheimlich anmutenden technologischen Erneuerungen der letzten Jahre dar, die jeden Produktionsaspekt auch der deutschen Wirtschaft früher oder später grundlegend verändern werden. Die Micro-Chips, von den deutschen Gewerkschaften mit etwas Furcht doch nicht zu Unrecht „job killers“ genannt, bedeuten nicht nur Arbeitslosigkeit für viele zur Zeit noch beschäftigte Arbeitnehmer; sie bringen auch weitgehend veränderte Arbeitsbedingungen für die dann noch Beschäftigten mit sich. Während bis jetzt diese bereits begonnene Transformation vor allem die un- und angelernten Arbeitnehmer betraf und der gewerkschaftliche Schutz den Facharbeitern ziemlich sicher schien, kann niemand in der Zukunft seinen Arbeitsplatz, etwa aufgrund seiner Ausbildung, als sicher ansehen. Dies führt bereits jetzt zu einer allgemeinen Existenzangst, die - wie empirische Studien belegen - vor keiner Arbeitnehmergruppe haltzumachen scheint. Während diese weitverbreitete Unsicherheit für die Gewerkschaften einerseits sicherlich eine ungewohnte Bürde ist, könnte andererseits gerade diese erstmalige Distanzierung vieler deutscher Arbeitnehmer von einer bisher fast blinden Technologiegläubigkeit zu einer Politisierung bisher tabuisierter Problembereiche auch innerhalb der Gewerkschaftsdiskussion führen. Fern von jeder Maschinenstürmerei könnten die Gewerkschaften eine differenziertere Haltung zum technologischen Fortschritt erarbeiten.

d) Demographische und generationsbezogene Faktoren: Aufgrund des im Vergleich zu den meisten anderen Industrieländern um zirka eine Dekade später entstandenen Nachkriegs-Babybooms und der dadurch etwas verzögerten demographischen Entwicklung der Bundesrepublik, werden bis ungefähr Mitte der neun-

ziger Jahre Jugendliche aus geburtsstarken Jahrgängen auf den Arbeitsmarkt drängen. Das erschwert die bereits sehr problematische Beschäftigungssituation erheblich und stellt die Gewerkschaften vor eine nahezu unlösbare Aufgabe. Falls sie dieses Problem aber nicht ganz gezielt, mit viel Phantasie sowie Elan angehen, droht ihnen - überspitzt gesagt - der Verlust fast einer gesamten Arbeitnehmergeneration. Welche Gründe sprechen für diese pessimistische Annahme? Erstens verkörpern Arbeitslose und/oder nur gelegentlich Beschäftigte nicht das den Gewerkschaften naheliegendste Mitgliederpotential. Zweitens handelt es sich in diesem speziellen Fall insbesondere um junge Leute, die, teils aus Eigenwillen, teils wegen der Arbeitsmarktsituation, sich in „alternativen“ Verhältnissen durch Eigenarbeit und Selbstverwaltung der herkömmlichen Lohnarbeit und damit auch dem gewerkschaftlichen Einzugsbereich entziehen. Drittens scheinen die Gewerkschaften Schwierigkeiten zu haben, die heutige Jugend für sich und ihre Ziele zu begeistern. Indem die Gewerkschaften allzu lange Themen wie Ökologie, Frieden, Abrüstung und internationale Politik relativ lieblos und nur deklamatorisch zu besonderen Anlässen abhandeln und diese Bereiche hauptsächlich den zahlreichen Alternativbewegungen und den Grünen überliefern, müssen sie jetzt in den Augen vieler Jugendlicher, die die Gewerkschaften als irrelevant und altmodisch ansehen, ein relativ großes Legitimationsdefizit wettmachen. Dies wird ihnen nur gelingen, wenn sie den bereits begonnenen Prozeß der Politisierung der Arbeitslosigkeit und deren Problematisierung im Rahmen der eben genannten Themen intensivieren.

Allgemeine Spaltungserscheinungen. Schon die Krise des letzten Jahrzehnts verschärfte bereits vorhandene Unterschiede innerhalb der Gewerkschaften und bei den Arbeitnehmern. Allenthalben machten sich Segmentierungen bemerkbar, die jedoch bisher keine bleibenden Schäden verursacht haben. Die Gewerkschaften wären allerdings politisch kurzsichtig, wollten sie die Risse im Gewebe ihrer gewohnten Strukturen und ihres Milieus übersehen. Hier seien nur einige der krisenbedingten Spannungen angeführt: Arbeitsplatzbesitzer gegen Arbeitslose, Stamm- gegen Randbelegschaften, Deutsche gegen Ausländer, Arbeitnehmer in Boomindustrien gegen solche in problembehafteten Industrien, kollektivistische Gewerkschaftsstrategien gegen partikularistische Betriebssyndikalismen, Vertreter der 35-Stunden-Woche gegen Anhänger der Tarifrrente, „Ökonomen“ gegen „Ökologen“, „Linke“ gegen „Rechte“. Im großen und ganzen konnten die gewerkschaftlichen Einrichtungen diesen Herausforderungen bis jetzt standhalten. Doch wird die Zukunft aller Voraussicht nach die Belastungen vergrößern, was für die Gewerkschaften höchstwahrscheinlich größere Anstrengungen mit geringeren Erfolgsaussichten mit sich bringen wird.

Verhärtete Haltung der Unternehmer. Die wachsende Konkurrenz auf dem Weltmarkt, Produktionsmodernisierung unter verschlechterten ökonomischen Rahmenbedingungen, ein neuer konservativer Zeitgeist und natürlich die hohe

Arbeitslosigkeit haben viele Unternehmer zu dem Bemühen veranlaßt, den Gewerkschaften ihren Handlungsspielraum einzuengen. Während, anders als in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten, das deutsche Kapital die Gewerkschaften keineswegs vernichten möchte, sollen ökonomische Krise und politische Wende doch Wegbereiter für eine unternehmerische Lektion sein, nach deren Erteilung die Gewerkschaften als erheblich geschwächte Sozialpartner nur noch der ihnen zugedachten Aufgabe als gesellschaftlicher Ordnungsfaktor nachgehen sollen. Die Verschärfung des tarifpolitischen Klimas, die häufigere Benutzung der „heißen“, und neuerdings auch der „kalten“ Aussperrung, Versuche, Betriebsbelegschaften von der gewerkschaftlichen Solidargemeinschaft abzukoppeln, sind Stichworte für diese Tendenz. Die gewerkschaftliche Verpflichtung, dieser unternehmerischen Kombination aus Druck und Verführung erfolgreich zu widerstehen, wird Opfer verlangen. Falls es den Gewerkschaften gehen sollte, durch eine gezielte Bildungspolitik ihre Mitglieder und auch andere Arbeitnehmer über viele der kommenden Gefahren aufzuklären und damit indirekt zu mobilisieren, könnten diese Opfer in Grenzen gehalten werden. Unwissenheit und Furcht, dem vielleicht wichtigsten Nährboden einer erfolgreichen Unternehmerstrategie, müssen die Gewerkschaften bedingungslos den Kampf ansagen. Ein wichtiger Teilsieg wäre ihnen dann sicher.

Kommunikationsprobleme mit den Parteien. Wohl seit langem haben die deutschen Gewerkschaften keine so kühlen Beziehungen zu einer Bundesregierung unterhalten, wie zur Regierung Kohl/Genscher seit Oktober 1982. Besonders die stur angebotsorientierte Wirtschaftspolitik der konservativ-liberalen Koalition, die bisher bei einer relativ vorteilhaften Wirtschaftslage keine Reduzierung der Arbeitslosigkeit brachte, verärgert die Gewerkschaften. Schlimmer noch als der Ärger ist die Hilfs- und Hoffnungslosigkeit bei den Gewerkschaften, die auch unter den für sie besten Regierungsumständen in Bonn strukturell nur sehr bedingt in der Lage wären, die Wirtschaftspolitik des Landes entscheidend zu beeinflussen. Damit bleibt als Hauptwaffe im gewerkschaftlichen Arsenal nur noch die Tarifpolitik, die allerdings keinen adäquaten Ersatz für eine arbeitnehmerfreundliche Wirtschaftspolitik liefern kann. Nicht nur in der Wirtschaftspolitik, auch in der Tarif- und Rechtspolitik nahm die jetzige Bundesregierung wiederholt mit ungewohnter Vehemenz und Eindeutigkeit eine dezidiert antigewerkschaftliche Stellung ein, so daß der gewerkschaftliche Vorwurf, die Arbeitnehmer und ihre Vertreter stünden einer Koalition von „Kabinett und Kapital“ gegenüber, wohl zu kaum einer anderen Epoche der jungen bundesrepublikanischen Geschichte so treffend paßt wie zur gegenwärtigen.

Auch wenn man über zukünftige Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den im Bundestag vertretenen Parteien nachdenkt, kommt man nicht zu ermutigenden Ergebnissen. Es ist müßig, sich von einer Partei wie der FDP positive Einstellungsänderungen den Gewerkschaften gegenüber zu erhoffen: Stetige

Gewerkschaftsfeindschaft gehört vielleicht zu den wichtigsten Identifikationsmerkmalen und zu den wenigen Einigungsformeln der FDP-Existenz seit ihrer Gründung. Gab es bei der FDP niemals nennenswerte progewerkschaftliche Töne, scheint sich in dieser Beziehung in den Unionsparteien in den letzten Jahren eine negative Entwicklung vollzogen zu haben. Die Sozialausschüsse, die in der Union den Gewerkschaften nahestehende politische Gruppierung, scheinen im Rahmen der verschiedentlich erwogenen und bereits erprobten Krisenbewältigungsschemata gegenüber den Wirtschaftsinteressen in der CDU/CSU eindeutig den kürzeren zu ziehen. Es gibt leider wenig Anzeichen, daß sich in einer Ära Kohl - oder auch danach - daran viel ändern wird.

Bleiben also die SPD und die Grünen. Die Grünen stellen zweifellos die wichtigste parteipolitische Innovation in den westlichen Industrieländern der letzten Jahre dar. Ihr frischer Wind belebt auch das sonst eher selbstgefällige und träge Klima des etablierten Parteienmües in der Bundesrepublik. Das bisherige Verhältnis zwischen Grünen und Gewerkschaften bestand allerdings hauptsächlich aus gegenseitigen Mißverständnissen, Vorwürfen und Beschuldigungen, die bereits vorhandene Vorurteile nur noch vergrößerten und einem kontinuierlichen Dialog abträglich waren. Zahlreichen Gewerkschaftern bleiben die Grünen und ihre Mitläufer viel zu chaotisch, radikal und im Grunde genommen utopisch. Für die Grünen sind Gewerkschaften überbürokratisierte, verkrustete, technologiehörige, fremdbestimmte, bloß auf Systemintegration und Ordnung bedachte Gebilde, deren historische Mission längst vorbei ist. Obwohl es in letzter Zeit beiderseits wichtige Annäherungsversuche gab, sieht es kaum so aus, als würden sich diese so verschiedenen politischen Strukturen demnächst auf längere Sicht nähern. Während es sicherlich zu vereinzelt taktischen Bündnissen kommen wird, können die Gewerkschaften kaum auf eine dauerhafte Unterstützung seitens der Grünen und ihrer bunten Anhänger bauen.

Die SPD, die den Gewerkschaften nach wie vor weitaus am nächsten steht, steckt trotz großer Wahlerfolge in Nordrhein-Westfalen und im Saarland in einer ideologischen und programmatischen Identitätskrise, deren endgültige Lösung sowohl zeitlich als auch inhaltlich gegenwärtig schwierig einschätzbar ist. Ziemlich sicher scheint, daß das auf stetigem Wachstum basierende keynesianische Wirtschaftsmodell, begleitet von einer starken Technologiegläubigkeit einerseits und einem gewissen sozialen Verantwortungsgefühl andererseits, seinem raschen Ende zuneigt, wenn es nicht bereits verschwunden ist. Was statt dessen die Fahrten dieser wichtigen Partei auf stürmischer See begleiten wird, bleibt einstweilen unklar. Es scheint sich jedoch eine Tendenz herauszukristallisieren, die sich mehr auf die soziale Tradition und die reformistischen Neigungen innerhalb dieser Partei besinnen will. Obwohl es den Parteireformern und ihren Anhängern womöglich bereits gelungen ist, die SPD von alteingefahrenen Inhalten und Verhaltensformen abzubringen, wäre es sicherlich verfrüht, den Sieg dieser Gruppe

zu verkünden. Außerdem bedeutet es noch lange nicht, daß eine „neue“ SPD das Wohlwollen einer genügend großen Zahl von Wählern erringen wird, um wiederum die Regierung in Bonn stellen zu können. Sollte das eintreten, würde sich das politische Klima für die Gewerkschaften zweifellos erheblich verbessern. Aber Garantien gäbe es auch dann nicht, denn die anhaltende Wirtschaftskrise läßt ein solches auch unter guten Freunden einfach nicht mehr zu. Das müßten die Gewerkschaften aus den Ereignissen der letzten zehn Jahre gelernt haben.

Ein optimistisches Schlußwort

Krisenzeiten, obwohl stets mit Schwierigkeiten und Leid verbunden, können auch zu wichtigen positiven Umwälzungen führen. Es wäre demnach nicht auszuschließen, daß die langdauernde Krisenerfahrung die deutschen Gewerkschaften zu einem aktiven politischen Sprecher und zum strukturellen Sammelpunkt aller von der Krise Betroffenen macht. Sollte es den Gewerkschaften zum Beispiel gelingen, die Frage der Arbeitslosigkeit wirklich zu politisieren, die Probleme von Arbeit und Beschäftigung in den größeren Rahmen von politischer Kontrolle und ökonomischer Macht zu stellen, könnte ihre überparteiliche Struktur sie zum mobilisierenden Element für eine ansonsten relativ heterogene Gruppe von Menschen machen.

Aber auch eine ungebrochene Kontinuität würde die Gewerkschaften nicht zu irrelevanten Teilnehmern eines wohlfunktionierenden demokratischen Rechtsstaates in der Bundesrepublik verkümmern lassen. Ihrer Rolle als Hüter der Demokratie werden sich die Gewerkschaften, im vollen Bewußtsein der dunklen Zeiten der deutschen Geschichte, stets bedingungslos verpflichtet fühlen. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Außerdem ist zu betonen, daß trotz einiger weniger erfreulichen Entwicklungen bei den Unternehmern und den bürgerlichen Parteien, die sich im Laufe der krisenbedingten Verringerung des Verteilungsspielraumes klar bemerkbar machten, dieses politische Lager - im großen Gegensatz zu dem Verhalten seiner Vorgänger in der Weimarer Republik - sich ebenfalls voll zur existierenden parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik bekennt. Auch hier gibt es keinerlei Anhaltspunkte, die Grund zur Beunruhigung gäben. Die Unternehmer und ihre politischen Freunde wissen, welch hohen Preis letztlich auch sie für die Zerstörung der Gewerkschaften und damit unweigerlich auch der Demokratie zu zahlen hätten.